

Antrag

der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Steffen Janich, Dr. Christian Wirth, Barbara Benkstein, René Bochmann, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Petr Bystron, Peter Felser, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Antisemitismus durch Zuwanderung klar benennen und effektiv bekämpfen – Unterstützer von antisemitischem Terrorismus ausweisen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Israel hat durch einen Terrorangriff der radikalislamischen Hamas tausende Tote und Verletzte zu beklagen. Frauen, Kinder und alte Menschen, ganze Familien wurden auf grausame Weise geradezu hingerichtet. Jüdische Mädchen und Frauen wurden massenhaft vergewaltigt, gefoltert und ermordet, Kinder nach glaubhaften Berichten, u. a. von Augenzeugen, massakriert (www.tagesspiegel.de/internationales/berichte-uber-hamas-massaker-soldaten-finden-zahlreiche-tote-babys-und-kleinkinder-in-zurucker-obertem-dorf-10605430.html; www.faz.net/aktuell/politik/grossangriff-der-hamas-sie-erschiessen-kinder-ganze-familien-und-es-geht-immer-weiter-19228925.html; www.nzz.ch/feuilleton/angriff-auf-israel-die-hamas-macht-kein-hehl-aus-ihren-bestialischen-motiven-ld.1759944). In unmittelbarer Folge finden militante propalästinensische Demonstrationen in Deutschland und teilweise Jubelkundgebungen wie in Berlin statt (www.nzz.ch/international/israel-wird-angegriffen-und-viele-araber-in-berlin-jubeln-ld.1759857).

Die deutschen Islamverbände reagierten mit ihren Distanzierungserklärungen nicht nur zögerlich auf den Terror der Hamas gegen Israel, sondern relativierten diese barbarischen Terrorakte teilweise auch noch. Dies ist ein völlig inakzeptabler Zustand und kann und darf so nicht hingenommen werden.

Der Deutsche Bundestag stellt in diesem Gesamtkontext fest, dass die bedrohliche Zunahme des Antisemitismus in Deutschland vor allem auch eine Folge der ungesteuerten Masseneinwanderung aus bestimmten muslimisch geprägten Herkunftsländern ist, in denen antisemitische und israelfeindliche Einstellungen sehr verbreitet sind. Dabei soll es gerade nicht um die pauschale Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, ihrer Herkunft oder ihrer Religion gehen, sondern um die klare Benennung von tatsächlichen Ursachen und der Suche nach nachhaltigen Lösungen. Zu diesem Zweck wird auf verschiedene Studien verwiesen.

Nach einer repräsentativen Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) sind antisemitische Einstellungen unter Muslimen in Deutschland stärker verbreitet als in der restlichen Bevölkerung: 12 Prozent der Muslime stimmten demnach zu, dass Juden

hinterhältig sind – der Bevölkerungsdurchschnitt lag bei 4 Prozent. 26 Prozent sind der Meinung, dass reiche Juden die eigentlichen Herrscher der Welt sind (der Bevölkerungsdurchschnitt lag hier bei 6 Prozent). Zudem akzeptieren 7 Prozent antisemitische Gewalt („Juden müssen sich nicht wundern, wenn sie einen drauf bekommen.“; der Bevölkerungsdurchschnitt beträgt hier 2 Prozent). 16 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Israel als Staat nicht mehr existieren sollte (Bevölkerungsdurchschnitt: 4 Prozent). Die Studie stellt weiter fest: Jenseits der Religionszugehörigkeit zeigen zudem Deutsche mit Migrationshintergrund und Ausländer leicht erhöhte Zustimmungswerte diesbezüglich im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund. Muslime mit Migrationshintergrund vertreten häufiger antisemitische Einstellungen als andere Befragte mit Migrationshintergrund (KAS, Antisemitische Einstellungen in Deutschland, 2023, S. 9).

Diese Befunde zu Konfession und Migrationshintergrund decken sich auch mit anderen Studien (z. B. Jikeli, Günther, 2015: Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe: A Survey Review, in: ISGAP Occasional Paper Series 1., https://isgap.org/wp-content/uploads/2015/05/Jikeli_Anti-semitic_Attitudes_among_Muslims_in_Europe1.pdf; Pokorny, Sabine, 2016: Was uns prägt. Was uns eint. Integration und Wahlverhalten von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern; Friedrichs, Nils/Storz, Nora, 2022: Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall? SVR-Studie 2022-2, Berlin, S. 41, www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2022/10/SVR-Studie-2022-2__Antimuslimische-und-antisemitische-Einstellungen.pdf).

Nach der oben bezeichneten Erhebung der Konrad-Adenauer-Stiftung liegen keine weiterführenden Hinweise zum Grad der Religiosität, der islamischen Glaubensrichtung oder zum Herkunftskontext bei Personen mit Migrationsgeschichte vor. Tiefergehende Analysen kommen jedoch nach dieser Studie zum Ergebnis, dass antisemitische Einstellungen vom Herkunftskontext, dem Mehrheitsglauben im Herkunftsland und dem Grad der Religiosität abhängig sind. So würden beispielsweise Ergebnisse einer Untersuchung darauf hindeuten, dass bei nicht religiösen Muslimen der Herkunftskontext klassisch und sekundär antisemitische Einstellungen beeinflusst: Jene aus arabischen Ländern seien häufiger antisemitisch eingestellt als jene aus der Türkei oder aus nichtarabischen Ländern der übrigen Welt. Ein Erklärungsansatz dafür sei, dass bei Muslimen die Einstellung zu Juden stark durch den Nahostkonflikt geprägt ist; es könnte hier also die Religiosität weniger ausschlaggebend sein als das Narrativ in der Herkunftsregion (Friedrichs, Nils/Storz, Nora, 2022: Antimuslimische und antisemitische Einstellungen im Einwanderungsland – (k)ein Einzelfall? SVR-Studie 2022-2, Berlin, S. 41; KAS, Antisemitische Einstellungen in Deutschland, 2023, S. 9).

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass ohne eine fundamentale Änderung der Migrationspolitik die Sicherheit, vor allem auch der jüdischen Bevölkerung, in Deutschland in zunehmendem Maße beeinträchtigt wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. anzuerkennen, dass der importierte Antisemitismus und seine Ursachen eine ernstzunehmende wachsende Bedrohung für unser gesamtes westliches Wertesystem darstellt und diesen deshalb auch so namentlich in Sicherheitslageberichten, Studien und Expertenberichten zu benennen und dringend prioritär zu bekämpfen;
2. in Zusammenarbeit mit den Ländern, gegebenenfalls auf der nächsten Innenministerkonferenz (IMK), für die folgenden Maßnahmen Sorge zu tragen:
 - a) Mitglieder der Hamas sowie der Hisbollah und ihre Unterstützer sind innerhalb des rechtlichen Rahmens neben einer gegebenenfalls durchzuführenden strafrechtlichen Verfolgung unverzüglich und prioritär auszuweisen (§ 53

Absatz 1 AufenthG): Deutschland darf kein sicherer Heimathafen oder eine Operationsbasis für Terroristen sein, die mit ihren Aktivitäten die Sicherheit jüdischer Einrichtungen in Deutschland oder der hier lebenden jüdischen Bevölkerung gefährden. Das öffentliche Interesse an der Ausreise überwiegt hier besonders schwer (§ 54 Absatz 1 Nummer 2 und 5 AufenthG). Sofern es dennoch rechtliche Einwände gibt, soll dringend geprüft werden, inwieweit die Gesetzeslage schnellstmöglich angepasst werden kann;

- b) versteckte Finanzströme aus Deutschland zur Terrorismusfinanzierung in palästinensische Gebiete sollen endlich effektiv aufgeklärt, für eine effiziente Strafverfolgung fachlich aufbereitet sowie schnellstmöglich unterbunden werden;
- c) die Islamverbände und islamischen Gemeinden in Deutschland sollen von Bund und Ländern dazu ausdrücklich aufgefordert werden, eigeninitiativ Basisarbeit in Form von Programmen und Veranstaltungen gegen Antisemitismus und im Speziellen gegen israelbezogenem Antisemitismus durchzuführen;
- d) die Anzahl der unter c) genannten Maßnahmen gegen Antisemitismus, die Teilnehmerzahlen und Art der Umsetzung sollen durch die Antisemitismusbeauftragten von Bund und Ländern jährlich systematisch abgefragt und erfasst werden, um das tatsächliche Engagement bei der Bekämpfung von Antisemitismus besser beurteilen zu können;
- e) die Vergabe von etwaigen Fördermitteln und sonstigen Zuwendungen durch Bund und Länder sollen an die unter c) genannten Organisationen zukünftig mit einem jährlichen Nachweis über die eigenständigen Maßnahmen gegen Antisemitismus und israelbezogenen Antisemitismus verknüpft werden, um einen nachhaltigen Effekt zu erzielen. Bei Nichtvorlage oder unzureichenden Aktivitäten sind diese einzustellen;
- f) die von staatlicher Seite geförderten Islamverbände sollen im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit eine dauerhaft einsehbare und von den offiziellen Vertretern unterschriebene förmliche Erklärung zur grundsätzlichen Anerkennung des Existenzrechts Israels als Voraussetzung für weitere staatliche Förderungen, sonstige Zuwendungen oder Kooperationen abgeben. Andernfalls sind diese umgehend zu beenden und etwaige Staatsverträge zu kündigen;
- g) eine zeitnahe bundesweite Befragung jüdischer Gemeinden soll im Hinblick auf die Herausbildung von wahrgenommenen No-Go-Areas für Juden durchgeführt werden, einschließlich einer nachgehenden wissenschaftlichen Untersuchung der Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung nach Herkunft, Religion, Bildungsstand und sozialen Kriterien;
- h) die zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörden sollen bei der Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen zum Schutz der hier lebenden jüdischen Bevölkerung durch vertiefte Befragungen sicherstellen, dass keine Personen mit antisemitischen oder antiisraelischen Einstellungen im Sinne einer Verneinung des grundsätzlichen Existenzrechts Israels die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben können, wobei diese Ausschlusskriterien gesetzlich zukünftig ausdrücklich in § 11 des Staatsangehörigkeitsgesetzes verankert werden sollen. Zudem ist eine Gesetzesänderung am Maßstab des Grundgesetzes zu prüfen und gegebenenfalls zeitnah umzusetzen, durch die Personen mit ausländischer und deutscher Staatsangehörigkeit Letztere verlieren sollen, wenn diese nachweislich antisemitische Handlungen oder Äußerungen in Deutschland vorgenommen haben, die die Öffentliche Sicherheit und Ordnung in schwerwiegender Weise konkret gefährden;

3. den von der Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser im Jahr 2022 aufgelösten Expertenkreis Politischer Islamismus umgehend wieder einzusetzen, da eine Institutionalisierung dieses Gremiums angesichts der Gefährdungslage zwingend erforderlich ist;
4. die Islamkonferenz jetzt inhaltlich zeitnah unter Berücksichtigung der Antragspunkte II. Nummer 2 c) bis f) maßgeblich neu aufzustellen und dabei auch den prioritär einzuladenden liberalen muslimische Stimmen mehr Gewicht gegenüber den großen Islamverbänden einzuräumen, sowie letztere notfalls auszuschließen, wenn diese nicht bereit sind, Maßnahmen zur Bekämpfung von muslimischen Antisemitismus mitzutragen;
5. die illegale Massenmigration, nicht zuletzt auch unter Berücksichtigung der gewonnenen Ergebnisse in II. Nummer 2 g) endlich zu beenden und somit einer weiteren Ausbreitung von importiertem Antisemitismus entschlossen entgegenzuwirken: Die Bevölkerung darf nicht zum Leidtragenden importierter Auslandskonflikte auf deutschem Boden werden.

Berlin, den 7. November 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion